



Stadt Marktheidenfeld

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 01. SITZUNG DES STADTRATES

Sitzungsdatum: Donnerstag, 15.01.2026
Beginn: 19:32 Uhr
Ende: 20:55 Uhr
Ort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

Erster Bürgermeister

Stamm, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Adam, Helmut

Bernstein, Tobias

Carl, Michael

Fleischmann-Müssig, Birgit

Hock, Klaus

Hoh, Florian

erscheint während TOP 9

Hörnig, Joachim

Hörnig, Wolfgang

Hospes, Xena

Kempf, Bernhard

Kroschewski, Michael

Kutz, Caroline

Menig, Christian

Menig, Hermann

Oswald, Richard

erscheint während TOP 9

Richter, Heinz

erscheint während TOP 6

Riedmann, Mario

Riedmann, Susanne

Rinno, Susanne

Schneider, Renate

Seidel, Holger

Wagner, Burkhard

Wiesmann, Eva-Maria

Ortssprecher Zimmern

Riedmann, Georg

Behindertenbeauftragter

Beutner, Lars

Seniorenbeauftragte

Dürr, Andrea

Schriftführer/in

Laumeister, Sabine

Verwaltung

Burk, Andreas
Hanakam, Matthias
Herrmann, Christina

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Harth, Martin

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 12 Absetzen eines Tagesordnungspunktes**
- 13 Protokollgenehmigung**
- 14 Gedenken Ehrenringträger Franz Sperlich**
- 15 Vergaben öffentlich**

- 15.1 Vergabe öffentlich; Felssicherung Lengfurter Straße, Vegetationstechnische Arbeiten** **2025/0544**
Beschlussfassung
- 16 Ausbau der Sudeten- und Mittelstraße; Delegation an den Bau- und Umweltausschuss** **2026/0556**
Beschlussfassung
- 17 Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage aus Anlass von Märkten in der Stadt Marktheidenfeld** **2025/0548**
Beschlussfassung
- 18 Haushalt 2026; Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf** **2025/0553**
Information
- 18.1 Stellungnahme der Fraktion der CSU**
- 18.2 Stellungnahme der Fraktion proMAR**
- 18.3 Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler**
- 18.4 Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
- 18.5 Stellungnahme der Fraktion der SPD**
- 18.6 Dank des Bürgermeisters an die Fraktionen**
- 19 Informationen**
- 19.1 Änderungen im Kriterienkatalog zur Vergabe der Stromkonzession auf dem Gebiet der Stadt Marktheidenfeld** **2026/0554**
Information

Erster Bürgermeister Thomas Stamm eröffnet um 19:32 Uhr die öffentliche 01. Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

12 Absetzen eines Tagesordnungspunktes

Fraktionsvorsitzender Richter beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes „Ausbau der Sudeten- und Mittelstraße; Delegation an den Bau- und Umweltausschuss“. Er begründet dies mit dem Hinweis, es seien verschiedene Mails mit Anregungen und Beschwerden von Anwohnern bei einigen Stadtratsmitgliedern eingegangen. Er regt an, den Sachverhalt nochmals in den Fraktionen zu diskutieren und dann erneut im Stadtrat zu erörtern.

Ein Gremiumsmitglied ruft den Antrag eines weiteren Stadtrats zu Durchführung eines Vorort-Termins in Erinnerung.

Beschluss:

Der Beratungspunkt „Ausbau der Sudeten- und Mittelstraße; Delegation an den Bau- und Umweltausschuss“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0

13 Protokollgenehmigung

Auf Rückfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände gegen das Protokoll der 20. öffentlichen Stadtratssitzung vom 11.12.2025 vorgebracht. Dieses gilt somit als konkludent genehmigt.

14 Gedenken Ehrenringträger Franz Sperlich

Erster Bürgermeister Stamm erinnert an den überraschend am 07.01.2026 verstorbenen Ehrenringträger der Stadt Marktheidenfeld Franz Sperlich, welcher kürzlich noch an der Jahresabschluss-Sitzung des Stadtrats teilgenommen habe. Er bittet die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben. Herr Stamm würdigt das jahrzehntelange Engagement des Verstorbenen für die Vereine und sozialen Einrichtungen der Stadt. Sein unternehmerisches Wirken bei der Fa. Braun, heute P&G Manufacturing, habe dauerhaft Auswirkungen für die Zukunft des Unternehmens und die Gewerbeentwicklung der Stadt.

Die Anwesenden gedenken Herrn Sperlich mit einer Schweigeminute.

15 Vergaben öffentlich

15.1 Vergabe öffentlich; Felssicherung Lengfurter Straße, Vegetationstechnische Arbeiten

Beschluss:

Nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe wird beschlossen:

- **Felssicherung Lengfurter Straße
Vegetationstechnische Arbeiten
Bremer-Schutz-Verbauungen GmbH, 97828 Marktheidenfeld
35.610,75 € brutto**

einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0

16 Ausbau der Sudeten- und Mittelstraße; Delegation an den Bau- und Umweltausschuss

abgesetzt

17 Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage aus Anlass von Märkten in der Stadt Marktheidenfeld

Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage werden nach dem bis zum 31.07.2025 in Bayern gültigen Ladenschlussgesetz (LadSchlIG) entsprechend bis zu viermal pro Jahr anlässlich eines Marktes, einer Messe oder einer ähnlichen Veranstaltung zugelassen. Das seit 01.08.2025 geltende Bayerische Ladenschlussgesetz (BayLadSchlIG) enthält nahezu identische gesetzliche Vorgaben.

Der Anlass muss dazu geeignet sein, einen im Verhältnis zur Einwohnerzahl beträchtlichen Besucherstrom anzuziehen. Die Ladenöffnung ergänzt den Anlass nur als Annex und muss räumlich und zeitlich im Bezug dazu stehen. Das Bedürfnis für eine Öffnung wird umso größer, je mehr auswärtige Besucher die Veranstaltung anzieht. Nicht ausreichend für eine Öffnung ist das bloß wirtschaftliche Umsatzinteresse des Handels oder das alltägliche Erwerbsinteresse der potenziellen Kundschaft. Der Besucherstrom darf nicht erst durch die Öffnung der Verkaufsstellen ausgelöst werden.

Die seit 2013 unverändert bestehende Rechtsverordnung zur Freigabe verkaufsoffener Sonntage der Stadt Marktheidenfeld orientiert sich an den in Marktheidenfeld stattfindenden städtischen Märkten. Die Warenmärkte sind aktuell an den Marktsonntagen jeweils ab 10 Uhr geöffnet. Regionale und überregionale Besucher kommen daher schon deutlich früher als 13 Uhr in die Stadt. Die gesetzliche erlaubten fünf Stunden für die Öffnung der Geschäfte an diesen Sonntagen sollte deshalb von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr auf 12:00 Uhr bis 17:00 Uhr vorverlegt werden, da hier der Besucherstrom am stärksten ist. Die Verordnung müsste entsprechend angepasst werden.

Beschluss:

Der Vorverlegung der gesetzlich erlaubten fünf Stunden für die Öffnung der Geschäfte um eine Stunde wird zugestimmt und die Änderungsverordnung (Anlage 2 zum Protokoll) beschlossen.

einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0

18 Haushalt 2026; Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf

18.1 Stellungnahme der Fraktion der CSU

Im Namen der Fraktion der CSU spricht Fraktionsvorsitzender Wolfgang Hörnig:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Werte Ratskolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren der Verwaltung, Vertreter der Presse, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Für die gute Zusammenarbeit, die Vorarbeiten und die Aufstellung des Haushaltes schon jetzt unser Dank an Sie, Frau Herrmann, und an alle Mitarbeitenden, die für das umfangreiche Zahlenwerk verantwortlich sind.

Sehr gute Zeiten, gute Zeiten, nicht mehr ganz so gute Zeiten oder sogar schlechte Zeiten? So war meine Haushaltsrede für 2025 überschrieben. Wenn man die vorgelegten Zahlen sieht, kann man aktuell von eher guten Zeiten ausgehen, die uns das Jahr 2026 möglicherweise für Marktheidenfeld bringt. Dies kann aber, wie es bei Kommunen häufig ist, nur eine Momentaufnahme sein, da die Zahlen noch nicht gesichert sind. Aber wir wollen uns wie seit Jahren treu bleiben, sinnvoll mit dem Vorhandenen investieren und Schulden, solange es geht, vermeiden.

Im Jahr 2026 können wir nach der vorliegenden Planung wieder eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt erwirtschaften. Dies ist möglich, weil auch die zugesagten Zuschüsse aus dem Sondervermögen des Bundes für Investitionen in Höhe von 1,1 Mio. € und die seit langer Zeit erstmals wieder in Aussicht gestellte Schlüsselzuweisung in Höhe von 612.000 € und natürlich der Anteil an der Einkommenssteuer und besonders die unerwartet hohe Gewerbesteuer für entsprechende Einnahmen sorgen. Schon hier gilt ein erster Dank an alle Betriebe, die in Marktheidenfeld angesiedelt sind; es bleibt unsere Aufgabe hier für weitere Gewerbeansiedlungen zu sorgen.

Ein wesentlicher Grund für die mögliche Zuführung, ist der Verkauf von Grundstücken in der Größenordnung von über 15 Millionen €. Dieser Betrag ist im Haushalt eingestellt und damit ein entscheidender Faktor für alle geplanten Investitionen und Ausgaben. Ich wiederhole, für alle!

Die Stadt Marktheidenfeld bietet Ihren Bürgern eine Vielzahl von Einrichtungen, die über die Pflichtaufgaben der Kommune weit hinausgehen wie z. B. Musikinstitut, Bibliothek, VHS, Jugendhilfe und Jugendhaus, ÖPNV, kulturelle Veranstaltungen und das Kulturzentrum Franck-Haus. Allein diese Einrichtungen bedeuten für uns über 1,5 Millionen Defizit im Jahr.

Im Vergleich dazu sehen die 190.000 € für Vereinsförderung zwar eher bescheiden aus, sind aber für die Vereine extrem wichtig. Daher sollte diese Unterstützung auch in den nächsten Jahren beibehalten werden.

Der Betrieb unseres Schwimmbades M2 am Maradies muss im Jahr 2026 weiter anlaufen. Die Öffnungszeiten müssen deutlich erweitert werden und die hinterlassenen Schäden der Vorbereiter müssen repariert werden. Hier jetzt eine konkrete Zahl für die nächsten Jahre in den Raum zu stellen, wäre falsch, wir müssen die Beurteilungen der Fachleute abwarten und dann

entsprechend sinnvoll handeln. Gehen wir aber davon aus, dass das für 2026 kalkulierte Defizit von 1,8 Millionen € auch benötigt wird. Es hat sich auf jeden Fall bestätigt, dass unsere Hartnäckigkeit erfolgreich war und wir jetzt wieder ein Bad für unsere Bürger und Bürgerinnen haben.

Oberste Priorität wird im Jahr 2026 und in den folgenden Jahren die Realisierung unserer Pflichtaufgaben wie Schulen, Kindergärten, Feuerwehren und Infrastruktur sein. Natürlich wird auch die Optimierung von allem, was mit dem M2 zu tun hat, eine große Rolle spielen.

Doch nun zum Haushalt 2026. Die Unsicherheit über die tatsächliche Höhe der Gewerbesteuer in 2026 auch aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage und die noch nicht beurkundeten Verkäufe von Grundstücken verdeutlichen die Lage. Diese Punkte und die hohen Belastungen durch die notwendigen Investitionen, die sich bereits teilweise in der Umsetzung befinden zeigen die Schwierigkeiten auf in denen sich die Haushaltsplanung befindet. Schon aus diesen Gründen stellen wir unsere gewünschten Maßnahmen unter den Vorbehalt, dass die geplanten Verkäufe in der ersten Hälfte des Jahres 2026 abgeschlossen und bezahlt werden.

Wir schlagen folgende Maßnahmen bzw. Ergänzungen vor:

Mainufergestaltung inkl. getrennter Fußweg und Radweg:

In den Haushalt sind hier 100.000 Euro als Kosten eingestellt. Wir bitten diesen Betrag um 200.000 € zu erhöhen, um erste im Planungskonzept enthaltene Maßnahmen umsetzen zu können. Konkret, die angedachte Verbreiterung des Fußweges ab Oberem Mainkai in Richtung alte Mainbrücke sowie das Anpflanzen entsprechender Bäume und für den Radweg von der Alten Mainbrücke bis zur Einmündung der Fahrgasse.

Ebenfalls sollte in diesem Zusammenhang die seit langem beschlossene Toilettenanlage am Brückenparkplatz realisiert werden. Diese Maßnahmen sollten nach Ausschreibungen umgehend nach der Laurenzi-Messe 2026 umgesetzt werden.

Vorher kann die Fahrradreparaturstation am Biergarten entstehen und sofort können endlich die Richtungspfeile am Radweg an der richtigen Stelle angebracht werden. Bis zur Verabschiedung des Haushaltes möge das Bauamt, die geschätzten Kosten ermitteln und hier vorstellen, wir wären für eine Investition bereit.

Ferner bitten wir um Bereitstellung eines Betrages in Höhe von 20.000 € für die Planung zur Erweiterung oder Schaffung zentrumsnaher Parkplätze wie z. B. am Lohgraben oder am Alten TV-Gelände. Natürlich umweltverträglich und möglichst mit Schotterrasen und Bäumen. Dies halten wir für nötig, um die entfallenden Parkplätze am Mainkai zu ersetzen und ausreichend Parkplätze für Anwohner und Hotelgäste zur Verfügung zu stellen.

Wirtschaft/Verkehr/Stadtmaking-Radverkehr

Der Ansatz für den Ausbau von Radwegen inkl. Fahrradparkplätzen in Höhe von 55.000 € kann gerne investiert werden. Wir hätten jedoch vorher gerne eine Planung, die hausintern erstellt wird.

Altes Pfarrhaus und Pfarrgarten

Nach dem erfolgten VGV-Verfahren möchten wir zunächst keine Realisierung an und im Gebäude vorantreiben. Für den Bereich Pfarrgarten bitten wir um Bereitstellung von 50.000 € im Jahr 2026, um den schönen Grünbereich für Besucher zu öffnen und verkehrssicher zu gestalten sowie erste Maßnahmen für Bepflanzung – gern auch mit Unterstützung durch den BUND-Naturschutz – vorzunehmen.

Inklusionsspielplatz an der Mittelschule

Den Wunsch vieler Jugendlicher auf Beleuchtung des Soccergrounds möchten wir gern Rechnung tragen und bitte hierfür 30.000 € in 2026 vorzusehen, wie es auch der Bürgermeister schon vorgeschlagen hat.

Stolze 9,65 Millionen € Kreisumlage werden wir auch in 2026 an den Landkreis Main-Spessart überweisen. Wir sind gespannt, ob sich durch diese erneut hohe Summe auch nach der Fertigstellung der Main-Spessart-Halle weiteres für die Stadt Marktheidenfeld bei den Umsetzungen wie zum Beispiel bei dem Baumhofquartier auch Gymnasium und Realschule zeitnah bewegen lässt. Die Kreistagsfraktionen müssten hierzu einfach zu ihren Ankündigungen stehen. Wir sind gespannt, wie die neu gefassten Beschlüsse des Kreistags umgesetzt werden.

Bestattungswesen

Im Altstadtfriedhof bitten wir um Bereitstellung von 10.000 €, um der großen Nachfrage nach Urnengräbern gerecht zu werden. Hier sollte die Umsetzung analog der in Altfeld entstandenen Urnengräber erfolgen. Ganz wichtig, dies kann und muss ohne externe Planungskosten erfolgen und die Umsetzung der Maßnahme sollte der Bauhof erledigen.

Grünanlagen

Den Ansatz in Höhe von 30.€ Euro für Westentaschenpark bitten wir zu streichen. Hier sehen wir zurzeit keine Notwendigkeit.

Energieversorgung – Strom

Den Ansatz für Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden in Höhe von 230.000 €, wie zum Beispiel, auf dem Dach des Rathauses, sehen wir als positiven Schritt zur umweltfreundlichen Energieversorgung an. Diese Maßnahme sollte zeitnah umgesetzt werden und gerne auch bei anderen städtischen Gebäuden geprüft und bei Eignung installiert werden.

Wasserversorgung

Durch das positive Ergebnis der Bohrungsarbeiten für den neuen Brunnen Obereichholz 3 bitten wir um Erstellung eines Zeit- und Finanzierungsplans unter Einbeziehung eines Neubaus inkl. Wassertechnik für das Wasserwerk innerhalb der nächsten 5 Jahre.

Udo Lermann Gelände

Trotz vieler Gespräche und vieler Vorschläge konnte bisher keine Einigung mit den Besitzern bzw. Investoren des Geländes getroffen werden. Unterschiedliche Ansichten bzgl. Nutzung, Anbindung an die Innenstadt und die verschiedenen Höhen- und Abstandsvorgaben verhinderten eine durchaus gewünschte Lösung.

Der immer wieder von Bürgern geäußerte Wunsch, die Stadt solle das Areal kaufen und selbst etwas umsetzen, scheidet jedoch unter anderem an den immensen Kosten für Kauf; Abriss und Realisierung. Es handelt sich selbstverständlich um eines der prägendsten Objekte in der Innenstadt, aber bei aller Begeisterung, auch bei uns, muss immer berücksichtigt werden, dass die Stadt zunächst ihre Pflichtaufgaben erfüllen muss. Hier stehen aktuell enorme Kosten an: z.B.

Grundschule ca. 20 Millionen; Mittelschule 45% aus 35 Millionen; dies entspricht ca. 15,75 Millionen Kindergarten Kolpingstraße ca. 7 - 8 Millionen; und die Investitionen für die Feuerwehren

Es ist daher sehr schwierig, Finanzmittel für einen Erwerb in den Haushalt einzustellen, aber Planungen mit möglichen Unterstützern oder Entwicklern der Fläche müssen und werden weiterlaufen. Wir können uns hier sehr viele Kooperationen vorstellen, sind aber sicher nicht zu allem bereit!

Nicht Haushaltsrelevant aber wichtig:

Es bleibt festzuhalten, dass die im Haushalt aufgeführten Maßnahmen ausdrücklich noch nicht im Einzelnen vom Stadtrat beschlossen wurden. Generell sollte gelten, dass vor Erstellung von Ausschreibungen und Bestellungen > 30.000 € der Investitionen, diese erst im Stadtrat beraten und beschlossen werden müssen. Dieser Punkt und auch die Einstellung von Personal ab EG 12 nach der Vorbereitung im Personal Ausschuss sollte immer unter Beachtung der Geschäftsordnung erfolgen.

Es bleibt festzuhalten:

Die Stadt Marktheidenfeld steht aufgrund der Rücklagen und nach erfolgten Verkäufen von Grundstücken in 2026 noch auf sicheren Füßen, aber es gilt auch künftig und wie bisher immer, überlegt zu handeln und zu investieren.

Dafür, dass dies auch im abgelaufenen Jahr wieder so gehandhabt wurde, bedanken wir uns zuerst bei Ihnen, Herr Bürgermeister Stamm, dem geschäftsführenden Beamten Herrn Hanakam, Ihnen Frau Herrmann als Kämmerin, verbunden mit der Bitte diesen Dank an alle weiteren über 300 Beschäftigten der Stadt weiterzugeben, die sich zum Wohle Marktheidenfelds einsetzen.

Besonderer Dank den Firmen, die es durch Ihre Gewerbesteuerzahlungen und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen erst ermöglichen, dass die Stadt Marktheidenfeld nicht nur ihre Pflichtaufgaben, sondern auch die vielfältigen freiwilligen Leistungen erfüllen kann.

Meinen weiteren Dank an alle Ehrenamtlichen, die sich in Beiräten, Vereinen und Hilfsorganisationen einbringen und somit viel kostbare Zeit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger investieren. Diesen unverzichtbaren Helfern vielen Dank!

Vielen Dank auch an meine Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat. Trotz oftmals unterschiedlicher Meinungen ist es uns immer wieder gelungen, zum Wohl der Stadt zu entscheiden. Der neuen Legislaturperiode 2026 bis 2032 werden auf eigenen Wunsch nach jetzigem Stand 9 der 24 Mitglieder oder auch 37,5 % des Gremiums dem neu gewählten Stadtrat nicht mehr angehören. Dies bedeutet eine enorme Veränderung. Ich hoffe, dass die neuen nahtlos eingebunden werden um Marktheidenfeld gut in die Zukunft zu bringen. Ihnen allen Danke ich für die Aufmerksamkeit.“

18.2 Stellungnahme der Fraktion proMAR

Für die Fraktion proMAR spricht Fraktionsvorsitzender Richter. Er nimmt Stellung wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, sehr geehrte Frau Kämmerin Herrmann, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
the same procedure as last year, könnte man sagen.

Gilt es doch erneut einen Haushalt aufzustellen. Dieses Mal allerdings den letzten der laufenden Wahlperiode.

1. Rückblick - Ausgangslage

Viel hat sich in den letzten Jahren geändert. Viele würden sagen, vieles zum Negativen. Im Hinblick auf die deutlich verminderten Gewerbesteuereinnahmen und die gestiegenen Kosten mag dies sicherlich stimmen. Vieles ist jedoch nicht unbedingt negativ, aber in jedem Fall unsicherer geworden. Sei es die allgemeine Weltsicherheits- und Weltwirtschaftslage, sei es vor Ort die Finanzierbarkeit der städtischen Pflicht- und vor allem der freiwilligen Aufgaben.

Bereits in der ersten Stellungnahme unserer Fraktion zum Haushalt des Jahres 2021 hatten wir die Gefahr einbrechender Gewerbesteuereinnahmen – damals als Folge der Coronapandemie-Maßnahmen – befürchtet und einen maßvolleren Umgang mit den städtischen Finanzen und vor allem eine bessere Kostenkontrolle bei den Ausgaben angemahnt.

Der damals von vielen, wenn überhaupt nur als kurzfristig und vorübergehend angenommene Einbruch hat sich jedoch – wie von uns befürchtet – als nachhaltiger erwiesen als zunächst gedacht.

Im vergangenen Jahr hatte wir bereits einen Rückblick auf die Historie der Gewerbesteuereinnahmen vorgenommen und dabei herausgestellt, dass die Stadt seit 2018 praktisch immer mehr Gewerbesteuer eingenommen hatte, als zunächst im Haushalt prognostiziert wurde. wurde.

Wie sich durch die Jahresschlussrechnung 2024, welche naturgemäß erst in 2025 erstellt wurde, herausstellte, war dies 2024 erstmals nicht der Fall. Hier standen erwarteten Einnahmen von 9,5 Mio. € nur noch 5,9 Mio. € gegenüber.

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
im Haushalt	9,7	9,5	10	9,5	12	14,1	9,7	74,5
tatsächlich	9,7	20,06	46,6	17,1	22	16,8	5,9	138,16
Differenz	0	10,56	36,6	7,6	10	2,7	-3,8	63,66

*Vergleich Gewerbesteueraufkommen Stadt Marktheidenfeld 2018 bis 2024 in Mio. €
Quelle: Gruppenübersichten Haushalte 2018 – 2025*

Laut Auskunft der Kämmerei wird sich nun auch für das Jahr 2025 eine Unterdeckung der erwarteten Gewerbesteuereinnahmen von ca. 2 Mio. € ergeben. Gerechnet wurde hier mit 9,3 Mio. €. Es war und ist also auch für 2026 mit dem schlimmsten zu rechnen.

Der Haushaltsansatz sieht nunmehr 15,5 Mio. € vor, wobei hierin eine Gewerbesteuernachzahlung von 6 Mio. € enthalten ist.

Hierzu gab es ja bereits einen viel rezipierten Pressebericht mit der Überschrift: *„Bei der Stadt Marktheidenfeld sind überraschenderweise sechs Millionen € aufgetaucht“*. Entgegen dem Pressebericht sind die sechs Millionen zwar nicht zuvor verloren gegangen. Sie wurden vielmehr in ähnlicher Höhe zuvor als Rückzahlung an das nun nachzahlende Unternehmen zurückgezahlt.

Hierzu ist es gut zu wissen, dass die von Unternehmen an die Stadt zu entrichtenden Gewerbesteuern letztlich immer unter dem Vorbehalt von Korrekturen durch spätere Betriebsprüfungen der Finanzbehörden stehen. Sofern diese ergeben, dass Gewinne in einzelnen Wirtschaftsjahren anders zu verteilen sind oder auch in Konzernen Gewinne anders auf verschiedene Standorte des Konzerns zu verteilen sind, kann es dazu kommen, dass bereits gezahlte Gewerbesteuern wieder zurückgezahlt werden.

Im Falle der „wieder aufgetauchten sechs Millionen“ hat sich nunmehr wohl der Umstand ergeben, dass solche Effekte zweimal aufgetreten sind, einmal zulasten und einmal zugunsten der Stadt Marktheidenfeld. Im Ergebnis fangen die sechs Millionen jedenfalls die Mindereinnahmen in 2024 (von 3,8 Mio.) und 2025 (von ca. 2 Mio.) ziemlich genau auf.

Wir hatten also schlussendlich nochmal Glück im Unglück und können in der Folge dankenswerterweise zumindest von einer einigermaßen stabilen Finanzlage sprechen. Auch wenn sich diese im Vergleich von vor wenigen Jahren auf niedrigerem Niveau einzupendeln scheint.

Ein positiver Nebeneffekt der geringeren Gewerbesteuereinnahmen ist die sich hieraus ergebende geringere Kreisumlage. Dies jedoch mit der begründeten Sorge, dass damit zu rechnen ist, dass der Landkreis den Hebesatz weiter erhöhen wird um seine Mindereinnahmen auch nur ansatzweise auszugleichen. Die Kosten des Klinikneubaus in Lohr werfen hier leider ihre Schatten voraus.

Auch die Allgemeine wirtschaftliche Lage muss uns auf der Einnahmenseite weiterhin große Sorgen machen. Gerade in den letzten Wochen überschlugen sich die bundesweiten Schlagzeilen mit schlechten Wirtschaftszahlen. Zahlreiche Insolvenzen und geplanten Entlassungen zeigen anschaulich, dass die Wirtschaft in Deutschland zunehmend aufgrund hoher Steuern, Abgaben, Personal- und Energiekosten droht, schlicht nicht mehr konkurrenzfähig zu sein und den Anschluss zu verlieren.

Ohne eine funktionierende und ertragreiche Wirtschaft wird es jedoch zwangsläufig immer schwieriger eine funktionierende Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

Es muss daher ein Appell an die verantwortlichen in Bund, Ländern und EU ergehen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern und konkurrenzfähiger im Wettbewerb mit den USA, China und all den anderen Ländern zu machen.

Sollte dies nicht gelingen, geht es nicht mehr nur den – vielfach gescholtenen – Unternehmen schlecht, sondern bei dann eintretender steigender Arbeitslosigkeit auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die kommunalen Kassen werden in so einer Situation denknotwendig leerer werden, zumal ihnen im Gegensatz zum Bund kein Recht zur „Erfindung“ von „Sondervermögen“, mithin Schulden in Billionenhöhe zusteht.

Wir als Kommune müssen schlicht mit den Mitteln umgehen, die uns zur Verfügung gestellt werden.

Eigene Einflussgrößen sind nur sehr beschränkt vorhanden. Die Tendenz von Bund/EU und OECD geht leider auch dahin die Spielräume der Kommunen weiter zu reduzieren, was der gestrige Beschluss der Bundesregierung zur Erhöhung des Mindesthebesatzes zur Gewebesteuer deutlich zeigt. Eigentlich müssten die Spielräume und der Wettbewerb vergrößert und nicht verkleinert werden.

Immerhin dürfen wir in 2026 damit rechnen aus dem Topf des sogenannten „Sondervermögens“ ca. 600.000,00 € als Schlüsselzuweisung sowie weitere ca. 1,18 Mio. € als Investitionsbudget zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Dieser Betrag in Höhe von gesamt knapp 1,8 Mio. € ist im Haushaltsentwurf der Kämmerei noch überhaupt nicht berücksichtigt, sodass sich die Lage des Haushalts tatsächlich etwas besser, als im Finanzausschuss und der Vorstellung des Haushalts durch den Ersten Bürgermeister erläutert, darstellt.

An dieser Stelle darf jedoch nicht vergessen werden, dass es sich bei diesen Zuweisungen zwar nicht um Schulden der Stadt, aber sehr wohl um Schulden unserer Bundesrepublik handelt. Wie tragfähig eine derart hohe Schuldenaufnahme auf Dauer sein kann, muss durchaus bezweifelt werden. Die Schuldenquote wird aufgrund des Sondervermögens immerhin für 2030 mit ca. 75 % des Bruttoinlandsprodukts prognostiziert. In den 1990er Jahren lag diese trotz der enormen Anstrengungen der Wiedervereinigung noch bei ca. 40-50 %.

Interessanterweise gelten Unternehmen mit derart hohen Schuldenquoten nicht als besonders kreditwürdig und investmenttauglich. Bei Staaten scheint dies zunehmend anders gesehen zu werden. Ob mit Erfolg wird die Zukunft zeigen.

Viele Ökonomen befürchten jedoch, dass die Kehrseite dieser hohen Schuldenquoten schlicht und einfach Inflation ist. Direkte Folge der Inflation sind dann jedoch steigende Kosten für die Erfüllung aller städtischen Ausgaben. Seien es Bauprojekte, Energie oder Personal.

Wie deutlich wir diese Entwicklung bereits in den vergangenen Jahren gesehen haben, darf ich nochmals kurz in Erinnerung bringen.

So lagen die Personalkosten der Stadt Marktheidenfeld in 2018 noch bei 8,7 Mio. €. Im vorliegenden Haushaltsentwurf für 2026 wird hingegen bereits mit Kosten in Höhe 15,6 Mio. € gerechnet. Dies entspricht einer Erhöhung der Kosten innerhalb von 8 Jahren um knapp 80 %.

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
im Haushalt	8,7	8,7	9,7	11,1	12	13,2	12,4	75,8
tatsächlich	8,7	9,4	9,9	10	10,9	12,5	13,6	75
Differenz	0	0,7	0,2	-1,1	-1,1	-0,7	1,2	-0,8

Personalkosten Stadt Marktheidenfeld 2018 bis 2024 in Mio. €

Quelle: Gruppenübersichten Haushalte 2018 – 2025

Man könnte demnach von einer Personalkosteninflation von in Schnitt 10 % pro Jahr reden. Damit toppen wir – und sicher viele andere Kommunen ebenso – den Verbraucherpreisindex des statistischen Bundesamts locker, dieser ist im gleichen Zeitraum nämlich nur um ca. 25 % gestiegen.

In der Rückschau konnte immerhin der tatsächliche sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand im Vergleich zum prognostizierten stabil gehalten werden. Erneut ist es gelungen im laufenden Betrieb deutlich weniger auszugeben, als zunächst befürchtet.

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
im Haushalt	13,79	14,69	18,14	18,6	19,78	21,49	21
tatsächlich	13,93	14,36	15,83	15,36	15,76	17,93	17,88
Differenz	0,14	-0,33	-2,31	-3,24	-4,02	-3,56	-3,12

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand Stadt Marktheidenfeld 2018 bis 2024 in Mio. €

Quelle: Gruppenübersichten Haushalte 2018 – 2025

Im aktuellen Haushaltsentwurf wird nunmehr für 2026 mit diesbezüglichen Kosten in Höhe von 19,98 Mio. € und für 2027 gar von 25,53 Mio. € gerechnet. Dies würde eine Steigerung im Vergleich zum Jahr 2018 um ca. 85 % bedeuten, was ebenfalls weit über der Steigerung des Verbraucherpreisindex liegen würde.

Diese vorgenannten Personal- und Sachkosten sind somit ein, den Haushalt massiv belastender Faktor, welcher leider in keiner Weise durch Mehreinnahmen bzw. Mehrzuweisungen von Bund und Land an die Stadt Marktheidenfeld kompensiert wird. Dies noch dazu in Zeiten sich reduzierender Gewerbesteuerereinnahmen. Selbst die Prognose für 2026 ist - die geschilderten 6 Mio. € herausgerechnet - praktisch identisch mit derjenigen im Jahr 2018 und liegt somit nach wie vor zwischen 9 und 10 Mio. €. Es wundert daher nicht, dass auch der Präsident des Deutschen Städtetages das Defizit der kommunalen Haushalte für 2025 mit über 30 Milliarden € erst kürzlich angegeben hat und dabei betonte, dass auf die Kommunen in etwa ein Viertel aller gesamtstaatlichen Ausgaben entfallen, diese jedoch nur ca. ein Siebtel aller Steuereinnahmen erhielten. Dies kann schlicht nicht funktionieren!

Wir können uns daher seinem, in diesem Zusammenhang getätigten Appell anschließen nur und zum wiederholten Male die Forderung an Bund und Länder erheben, endlich die Kommunen – wie es das Grundgesetz und die bayerische Verfassung eigentlich vorsehen – mit all den Mitteln auszustatten, welche zur Erfüllung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft durch die Kommunen benötigt werden. Darüber hinaus müssen in jedem Fall diejenigen Kosten, welche durch von „oben nach unten“ durchgereichte Verpflichtungen entstehen, in voller Höhe ersetzt werden, sodass die Erfüllung der Verpflichtungen jedenfalls kostenneutral für die Kommunen ist. Dies ist insbesondere im KITA und Schulbereich gegenwärtig mitnichten der Fall.

2. Haushaltsansätze

Ein Blick weg von den laufenden Kosten, hin zu den anstehenden Investitionen fällt in dieser Hinsicht nicht besser aus. Nicht zuletzt aufgrund gesetzlicher Vorschriften im Betreuungswesen selbst, aber auch viel zu weitgehender Bau-, Förder- und anderer Vorschriften, verteuern sich nicht nur die laufenden Ausgaben, sondern insbesondere auch die Kosten von Bauvorhaben. Der Ergänzungsbau der Grundschule und die Sanierung der Mittelschule sind abschreckende Beispiele. Die Stadt Marktheidenfeld muss für beide Projekte zusammen wohl mit mindestens 30 Mio. € an finanziellen Belastungen rechnen.

Der Neubau des Kolpingkindergartens wird auch mit einem hohen einstelligen Millionenbetrag zu Buche schlagen.

Die Sanierung der Sudetenstraße/Mittelstraße wird ca. 2,3 Mio. € kosten und auch für die weitere Sanierung und Ertüchtigung unseres M2 – Bad am Maradies rechnen wir nach neuesten Schätzungen mit Kosten von kurzfristig mindestens zwei Millionen €.

ProMAR begrüßt ausdrücklich, dass der Stadtrat gewillt ist, alles dafür zu tun, den Bad- und Saunabetrieb endlich auf langfristig tragfähige Beine zu stellen. Die zügige Eröffnung im Juli 2025 täuscht leider – auch die Bevölkerung – leicht darüber hinweg, dass auch hier im „Hallenbad“ noch einige Investitionen vor uns stehen. Ganz zu schweigen von der Zukunft des Freibads, welches in keinem Fall in der bekannten Form mehr wird öffnen können. Hierüber müssen wir uns bzw. der neue Stadtrat Gedanken machen. Dies kann jedoch erst seriös geschehen, wenn Therme und Sauna dauerhaft „in Schuss“ sind.

Ebenso erfreulich ist, dass die Stadt Marktheidenfeld weiterhin gewillt ist, in die in ihrem Einflussbereich liegende Infrastruktur zu investieren. Was der Ausfall der Infrastruktur bedeuten kann, hat man Anfang Januar 2026 anschaulich beim – durch einen wohl linksextremistischen Terroranschlag – ausgefallenen Strom in Berlin sehen können. Fünf Tage ohne Wärme und Strom bei klirrender Kälte machen das Leben schnell fragil. Auch wenn wir nicht über eine kommunale Stromversorgung verfügen, ist in Erinnerung zu rufen, dass die Verfügbarkeit von fließendem Trinkwasser mindestens genauso wichtig ist. Die Stadt investiert in diesem und den kommenden Jahren erhebliche Summen in die Schaffung eines Dritten Brunnens am Obereichholz, die Sanierung des Hochbehälters Romberg und den Neubau eines Wasserwerks. Dies sind sämtlich essentielle Investitionen, die keinen Aufschub dulden, weil sie die Versorgungssicherheit aller in Marktheidenfeld lebender und arbeitender Menschen sowie Unternehmen verbessern.

Mit Ausnahme der Sanierungskosten für das M2, welche noch einzuarbeiten sind, sind für die vorgenannten Investitionen bereits Haushaltsansätze vorgehen.

Der Haushaltsentwurf lässt jedoch insbesondere zwei weitere im vergangenen Jahr diskutierte und zum Teil bereits beschlossene Investitionen außer Acht:

Zu nennen ist hier insbesondere die behutsame Neugestaltung des Mainufers im Bereich zwischen Biergarten und neuem Festplatz (gerne auch Abschnitt B3 genannt). Hier finden sich im Haushaltsentwurf unter Ziffer 9503 des Investitionsprogramms für 2026 nur Planungskosten in Höhe von 100.000,00 € und für die Folgejahre 2027, 2028 und 2029 überhaupt keine Ansätze. Hier muss in Erinnerung gerufen werden, dass der Stadtrat die Umsetzung als Gesamtmaßnahme in der Stadtratssitzung am 10.07.2025 bereits mit weit überwiegender Mehrheit beschlossen hat. Die vom Planungsbüro damals veranschlagten Kosten in Höhe von 5.448.202,00 € sind also unbedingt in Absprache mit dem Bauamt in den Haushalt für die Jahre 2026 und 2027 einzuarbeiten und sodann zügig mit der Umsetzung der Maßnahme zu beginnen.

Es ist ohnehin schwer zu ertragen, dass das Thema „Mainkai“ nun wohl den Stadtrat in insgesamt drei Wahlperioden beschäftigt wird, obwohl der aktuelle Stadtrat bereits am 25.05.2023

auf Antrag der Fraktionen von proMAR und der CSU klare Beschlüsse zur Planung und Umsetzung beinahe einstimmig getroffen hatte.

Auch zum beschlossenen VgV-Verfahren für das Alte Pfarrhaus in der Obertorstraße samt Garten findet sich im Haushaltsentwurf nichts. Hier wurden zwar noch keine verbindlichen Beschlüsse zur Umsetzung des Projekts gefasst, jedoch war sich der Stadtrat einstimmig einig, dass das VgV-Verfahren eingeleitet werden soll.

Uns ist bewusst, dass beide Projekte durchaus nicht unerhebliche Kosten mit sich bringen. Da sie jedoch beschlossen wurden, sind sie auch im Haushalt abzubilden.

Dies, zumal beide Projekte bei der Städtebauförderung angemeldet wurden und wir sehr bestrebt sein sollten, die gegenwärtig noch vorhandenen Fördermittel abzugreifen.

ProMAR ist überzeugt, dass die Umsetzung beider Projekte ohne die in Aussicht gestellten Fördermittel nur schwerlich realisierbar sein werden. Es gilt also insbesondere am Mainkai keine Zeit zu verlieren und die notwendigen Mittel bereit zu stellen bzw. abzurufen.

Auf weitere Änderungsanträge am Haushalt verzichten wir auch dieses Jahr. Wir sind der Überzeugung, dass die Abarbeitung der angestoßenen und begonnenen Projekte mehr als genug Aufgabe für das Jahr 2026 und 2027 darstellt, sodass an weitere Projekte gar nicht zu denken ist. Wir sind auch weiterhin der Auffassung, dass die pauschale Streichung einzelner herausgenommener Haushaltsansätze nicht weiterbringt. Der städtische Haushalt gibt den Rahmen für das städtische Wirtschaften im jeweiligen Haushaltsjahr vor. Ausgeschöpft wird er jedoch praktisch nie und auch dieses Jahr werden uns wieder unerwartete Ausgaben in beträchtlicher Höhe erwarten.

Auf der anderen Seite wird sich vieles als doch nicht so wichtig oder gar gänzlich obsolet und unnötig herausstellen und am Ende überhaupt nicht umgesetzt werden. Gespart werden muss demnach vor allem bei der Ausführung des Haushalts.

Wir müssen daher erneut alle städtischen Mitarbeiter auffordern zusammen mit uns als Stadtrat verantwortungsvoll und zurückhaltend mit den städtischen Mitteln umzugehen.

Wir sind nach wie vor überzeugt, dass die Stadt nirgends so viel sparen kann, wie bei Durchsetzung einer wirksamen Kostenkontrolle der Bauvorhaben, insbesondere bereits in der Planungsphase. Hier ist künftig noch mehr peinlich genau darauf zu achten, ob wirklich alle, in einem Leistungsverzeichnis aufgenommen Positionen notwendig sind oder ob es nicht vielleicht günstigere Alternativen gibt.

Grundsätzlich sollte zudem bei sämtlichen Projekten, Bauvorhaben und Sanierungen stets eine ganz wesentliche Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen, was uns die jeweilige Maßnahme langfristig im Unterhalt kostet. Die Erfahrung lehrt hier, dass selbst günstig erscheinende Projekte langfristig mit enormen Unterhaltskosten verbunden sein können. Als plakatives Beispiel kann die Erweiterung und Neuanlage von Grünflächen aller Art genannt werden. Man wird kaum jemanden finden, der grundsätzlich gegen eine weitere Stadtbegründung ist. Sei es aus Gründen der Optik, der Verbesserung der Luft, der Schaffung von Versickerungsflächen oder auch nur um eine bessere Aufenthaltsqualität zu generieren. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass jede auch noch so kleine Grünfläche gepflegt werden muss und sei es nur, sie zumindest einmal im Jahr zu mähen. Hierfür sind stets Personal und Sachmittel erforderlich, welche bereits aktuell für die Pflege der vorhandenen Flächen nur geradeso ausreichend zur Verfügung stehen.

Es wird sich also künftig stets die Abwägungsentscheidung stellen, ob manches wirklich umgesetzt werden soll, wenn es mit langfristigem Unterhaltsaufwand verbunden ist.

3. Ausblick - Anpassung

Wir stehen somit auch dieses Jahr und in Zukunft vor großen Herausforderungen, welche uns aus anderen Gründen aber ähnlich unsicher wie 2020 auf die weitere Entwicklung unserer Stadt blicken lassen.

Abschließend sei noch ein Wort zu den städtischen Einflussgrößen auf die Einnahmen gestattet. Wie durch proMAR bereits in den vergangenen Jahren angemahnt wurde, können wir uns nicht davor verschließen, künftig auch weitere Erhöhungen von Gebühren und Hebesätzen umzusetzen. Wie bekannt ist, hat sich proMAR im Rahmen der Aufstellung der Hebesatzsatzung dennoch dafür ausgesprochen, dieses Jahr den Hebesatz für die Grundsteuer nicht – nach 20 Jahren – anzuheben.

Dies mag auf den ersten Blick wie ein Widerspruch zu unseren Ausführungen in unserer Stellungnahme zum Haushalt 2025 aus dem vergangenen Jahr wirken. Tatsächlich ist es ein solcher jedoch nicht. Wir sind überzeugt, dass Erhöhungen von Gebühren und Anhebungen von Hebesätzen für den Bürger plausibel, transparent und nachvollziehbar sein müssen.

In Anbetracht der sich jedoch – entgegen der Beteuerung der Staatsregierung – schon 2025 aus der Grundsteuerreform ergebenden Mehrbelastungen der Grundstückseigentümer, hielten wir eine erneute weitere Belastung für gerade nicht überzeugend vermittelbar. Dies umso mehr, als lediglich mit ca. 100.000,00 € Mehreinnahmen gerechnet wird.

Wir sind überzeugt, dass der Bürger mitgenommen und nicht verärgert werden sollte. Bei der Erhöhung der KITA-Gebühren ist dies – wenn auch nach Durchlauf mehrerer Runden – mit der Akzeptanz aller beteiligten gelungen. In ähnlicher Weise sollte auch künftig vorgegangen werden.

Schnellschüsse gilt es zu vermeiden, es ist vielmehr weiterhin der Spagat zwischen Erhöhung der Einnahmen und Sicherung eines attraktiven Standorts für Gewerbebetriebe, Arbeitnehmer und die Stadtgemeinschaft im Allgemeinen zu schaffen.

4. Dank

Die Fraktion von proMAR bedankt sich abschließend bei allen, die sich für ein gutes Miteinander und für das Wohl unserer Stadt einsetzen. Zu nennen sind hier insbesondere alle ehrenamtlich Tätigen, sei es in Vereinen, den Blaulichtorganisationen, religiösen und sozialen Einrichtungen oder auf jede erdenklich andere Art und Weise. Ebenso bei allen Unternehmen, Hotels und Gaststättenbetrieben, samt sämtlicher ihrer Mitarbeiter. Sie machen unsere Stadt lebendig und tragen nicht nur finanziell maßgeblich zum langjährigen Erfolg unserer Stadt bei. Wir können daher stolz sein, eine der wenigen Kleinstädte mit mindestens genauso vielen Arbeitsplätzen wie Einwohnern zu sein.

Wir bedanken uns auch bei allen Mitarbeitern der Stadt Marktheidenfeld, ohne deren Arbeit an unserem Gemeinwesen auch in den Unternehmen und anderen Einrichtungen nichts laufen würde. Was nützen beispielsweise viele Arbeitsplätze, wenn keine Kinderbetreuung vorhanden ist?

Zuletzt bedanke ich mich persönlich bei allen Stadtratskollegen und Kolleginnen und dem Ersten Bürgermeister für eine ereignisreiche aber stets konstruktive Wahlperiode.

Nicht alle Entscheidungen, die wir getroffen haben und treffen, stellten sich am Ende als richtig heraus. Wichtig ist jedoch, dass wir uns auch in Anbetracht all dessen, was schiefgelaufen ist, in die Augen blicken können und trotz unterschiedlicher Meinung auch in Zukunft mit all den unterschiedlichen Ideen versuchen unsere Stadt weiter nach vorne bringen.

„hab Mut, steh auf“,

so kann man aktuell an vielen Stellen in der unterfränkischen Hauptstadt lesen. Es ist das Motto des diesjährigen Katholikentages in Würzburg.

Auch wenn es sich dabei natürlich um eine religiöse Veranstaltung handelt, denke ich, dass es auch uns allen nicht schadet, den Mut nicht zu verlieren und gemeinsam anzupacken.

Marktheidenfeld ist es wert, dass wir uns für es einsetzen, und die uns zur Verfügung stehenden Mittel verantwortungsbewusst und zielgerichtet zum Wohle aller einsetzen.“

18.3 Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler

Für die Fraktion der Freien Wähler nimmt Fraktionsvorsitzender Burkhard Wagner wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung und der Presse, liebe Mitbürger!

Mit dieser Haushaltsberatung gehen wir in die Endphase der aktuellen Wahlperiode. Das entsprechende Zahlenwerk wurde bereits mehrfach besprochen und dargestellt. Wie die Kämmerin bei der Vorstellung des Haushaltes wiederholt aufgezeigt hat, werden nach Abschluss der begonnenen und geplanten Projekte die Rücklagen der Stadt Marktheidenfeld weitestgehend aufgebraucht sein.

An dieser Stelle gleich unseren ausdrücklichen Dank an Frau Herrmann und ihre Mitarbeiter für die Vorbereitung und seriösen Hinweise. Mit einer Planung allein ist es jedoch nicht getan, in der Praxis wird sich zeigen, ob die geplanten Straffungen und Einsparpotentiale auch eingehalten werden. Viele der Maßnahmen sind notwendig, sinnvoll und perspektivisch angelegt, bedeuten jedoch auch, dass die Investitionen in öffentliche Gebäude und die Projekte nachhaltige Folgekosten durch Pflege und Instandhaltung auslösen.

Dieses findet seinen Niederschlag im Arbeitsaufwand und damit einhergehend auch bei den Personalkosten für fast 300 städtische Bedienstete und Mitarbeiter. In Anbetracht der massiven Investitionen und dem Aufbrauchen der Rücklagen gilt es die weitere Entwicklung unserer Stadt nach wie vor unter dem Leitsatz NOTWENDIGES statt WÜNSCHENSWERTEM fortzuschreiben.

Als Freie Wähler haben wir immer wieder darauf hingewiesen – und werden es auch weiterhin tun. Ein Hauptaugenmerk muss auf der Erfüllung der städtischen Pflichtaufgaben liegen. Diese Forderung wird deutlich untermauert durch die aktuellen Erfahrungen und Schwankungen bei den diversen Einnahmen. Deshalb war es unerlässlich, verschiedene Steuer- und Gebühreneinnahmen zu überprüfen und moderat anzupassen. Es ist zweifelsfrei unsere originäre Aufgabe den Pflichtaufgaben einer Kommune nachzukommen und diese solide zu gegenfinanzieren.

Es gilt von daher grundsätzlich, die zukünftigen Vorhaben in unserer Stadt nach dieser oben genannten Faustregel zu prüfen und zu priorisieren. Wir sehen diese Schwerpunkte vorrangig in der Schaffung von nachhaltiger verkehrstechnischer und sozialer Infrastruktur sowie der bewussten Berücksichtigung von ökologischen Maßnahmen.

Über unseren Wirkungskreis hinaus, mit Blick auf die Verantwortlichen auf Kreisebene, mahnen wir nach wie vor ein zügiges Handeln zur Sicherung und Ertüchtigung des Schulstandortes Marktheidenfeld an. Nicht alle Maßnahmen können unmittelbar von uns gesteuert und beeinflusst werden, hier fordern und vertrauen wir auf die Aufmerksamkeit übergeordneter Gremien und Behörden. Um den Herausforderungen in unserem Wirkungskreis gerecht werden zu können, bedarf es weiterhin der bereits oben beschriebenen stabilen Steuereinnahmen, die wir unseren Unternehmen und Betrieben verdanken. Hierfür gebührt diesen unser ausdrücklicher und aufrichtiger Dank!!!

In den kommenden Jahren werden verschiedenen Baumaßnahmen unsere volle Aufmerksamkeit und den Einsatz fordern! Exemplarisch möchten wir hier auf die Sanierung, Erweiterung sowie den Neubau unserer Pflichtschulen (Grundschule und Mittelschule) sowie Kindertagesstätten hinweisen. Dort müssen und werden wir immense Finanzmittel einsetzen müssen, um unseren Familien zeitgemäße Bildungs- und Betreuungsstätten anzubieten. Auch unser zurück gewonnenes Schwimmbad wird uns weiterhin beschäftigen und dringend notwendige Investitionen verlangen.

Ebenso kostenintensiv wird die Instandhaltung und Ertüchtigung von Straßen und Kanalsystemen sowohl die Verwaltung als auch unser Ratsgremium fordern. In der Gesamtbetrachtung sehen wir deshalb in der laufenden Wahlperiode keinerlei Spielraum für die Umsetzung von wünschenswerten Maßnahmen. Sicher ist es sinnvoll Entwicklungspotentiale, wie beispielsweise das sog. Lermann-Areal, aufmerksam zu beobachten und einzuschätzen. Jedoch sehen wir hier aktuell keinerlei Not für kurzfristige und vorschnelle Entscheidungen.

Stattdessen erscheint es uns notwendig, mit Nachdruck die Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen einzufordern. Dazu gehören:

die Errichtung von Kleingärten an der Kammerwiese

Ebenso fordern wir dazu auf, die Entsiegelung und das Einhalten der städtischen Stellplatzsatzung an den städtischen Parkplätzen am Jugendzentrum/Minigolfplatz und Schützenhausstraße auszuführen

Hier kann die neu beschaffte Teerfräse sicher hilfreich eingesetzt werden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die bundesweite Initiative ABPFLASTERN. Detaillierte Informationen sind auf einem entsprechenden Internetauftritt einsehbar (<https://www.abpflastern.de/>).

In diesem Themenbereich Umwelt und Natur sehen wir noch viele weitere Entwicklungs- und Unterstützungsmöglichkeiten seitens unserer Stadtverwaltung im Allgemeinen und besonders im Aufgabenbereich unseres Umweltbeauftragten. Als geeignete Orientierungshilfe verweisen wir hier auf die Initiativen und Förderungen, die beispielsweise in anderen Städten angeboten werden. Nähere Informationen sind unter der beigefügten Internetadresse abrufbar: <https://www.wuerzburg.de/themen/umwelt-klima/foerderungen-und-beratungen#/>

Ebenso erwarten wir eine übersichtliche Vorlage über eine belastbare technische Einschätzung und Prüfung zur Anbringung von PV-Anlagen an städtischen Gebäuden (z. B. Fränkisches Haus, alte TV-Turnhalle, Jugendzentrum/Dartheim, städtische Bürgerhäuser, alte Landwirtschaftsschule...). Eine Auflistung der Gebäude wurde durch die Liegenschaftsverwaltung bereits erstellt. Durch die technische Weiterentwicklung von entsprechenden Modulen sind statische Vorbehalte nicht haltbar. Auch die Nutzung im Bereich unserer Altstadt ist für uns sehr gut vorstellbar. Wir sehen uns als Kommune hier ausdrücklich in einer Vorreiter- und Vorbildrolle!

Unzufrieden sind wir darüber, dass wir nach wie vor keine Rückmeldung zur Notwendigkeit einer Weiternutzung der Bushaltestelle AM KRIEGERDENKMAL im Stadtteil Altfeld erhalten haben. Ein noch größerer „Dauerbrenner“ ist die unterlassene Umsetzung des Grünordnungsplanes im Gewerbegebiet Schlossfeld im Stadtteil Altfeld. Hier fordern wir die entsprechenden Stellen unserer Verwaltung nachdrücklich auf, diese verpflichtende Maßnahme endlich zu vollziehen. Besonders begrüßen wir die umgesetzten Sanierungsmaßnahmen in unseren Stadtteilen sowie der Friedhofsmauern im Altstadtfriedhof. Für den letztgenannten Friedhof beantragen wir die fortlaufende Instandhaltung der Mauerwerke und die Umsetzung der vorgesehenen weiteren Baumpflanzungen.

Sehr dankbar und erfreut sind wir über die Fertigstellung des Inklusionsspielplatzes an den Maradies-Seen. Diese Anlage wird, trotz anfänglicher Bedenken gegen die ersten Erweiterungen, sehr intensiv von Schulen, Kindergärten, den Mitarbeitern umliegender Betriebe sowie von Kindern, Jugendlichen und Familien genutzt. Auch das leidige Thema Säule 2 im Sozialen Wohnungsbau konnte zum Abschluss gebracht werden.

Zum Abschluss unserer Stellungnahme möchten wir es nicht versäumen, uns ausdrücklich bei allen zu bedanken, die sich in unserer Stadt in Vereinen, Hilfs- und Rettungsdiensten, den Feuerwehren, als Aktivposten in Beiräten und Projektgruppen sowie im sportlichen, sozialen und religiösen Ehrenamt engagieren. In verschiedenen Zusammenhängen haben wir auf diese wertvollen Dienste an der Allgemeinheit hingewiesen und deren große Wichtigkeit betont.

Von allen Mitbürgern, Mandatsträgern und Institutionen kann verlangt werden, diesen wertvollen Diensten den entsprechenden Respekt entgegenzubringen.

Zum Ende unserer Ausführungen möchten wir uns, und nicht nur aus Gründen der Höflichkeit, bei unserem Ersten Bürgermeister, den Damen und Herren des Sitzungsdienstes und allen städtischen Mitarbeitern für die konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle unserer Gemeinschaft bedanken.

Einen ausdrücklichen Dank richten wir auch an die Medienvertreter für die meistens gelungene Darstellung unserer Arbeit und des Lebens in unserer Stadt.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit!“

18.4 Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht Fraktionsvorsitzende Xena Hospes:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung und der Presse, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich sehr, heute für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum eingebrachten Haushalt 2026 Stellung nehmen zu dürfen. Dem Dank meiner Vorrednerinnen und Vorredner an die Stadtverwaltung, insbesondere an die Kämmerei, für die sorgfältige, transparente und arbeitsintensive Aufstellung dieses Haushalts schließe ich mich ausdrücklich an.

Der Haushalt für das Jahr 2026 umfasst ein Gesamtvolumen von 86.799.265 €. Diese Zahl macht deutlich, in welcher finanziellen Dimension kommunale Politik heute stattfindet. Hinter diesen Zahlen steht jedoch mehr als reine Verwaltung: Der Haushalt ist immer auch eine politische Standortbestimmung. Er zeigt, welche Schwerpunkte gesetzt werden, wo investiert wird – und wo nicht.

Für uns als Grüne bedeutet Haushaltsplanung selbstverständlich zunächst die Erfüllung der großen Pflichtaufgaben. Diese sind unverzichtbar. Gleichzeitig verstehen wir Haushaltspolitik aber auch als Gestaltungsaufgabe. Unser Anspruch ist es, politische Entscheidungen konsequent an Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit, Klimaschutz und Zukunftsfähigkeit auszurichten – auch dann, wenn dies unbequeme oder unpopuläre Entscheidungen erfordert.

Die Folgen der globalen Klimaerwärmung, zunehmende Extremwetterereignisse und wachsende globale Krisen sind längst Realität. Sie dürfen nicht ausgeblendet werden, sondern müssen Grundlage kommunaler Entscheidungen sein. Gerade Kommunen sind die erste Ebene, auf der die Folgen des Klimawandels konkret spürbar werden – und auf der wir Verantwortung übernehmen müssen. Auch bei uns sind diese Auswirkungen längst angekommen: Starkregenereignisse, längere Hitzeperioden und zunehmende Trockenheit stellen unsere Stadt vor große Herausforderungen. Deshalb ist für uns die Weiterentwicklung und Anpassung des kommunalen Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzeptes ein zentraler Bestandteil dieses Haushalts.

Ein wichtiger Baustein ist dabei das Prinzip der Schwammstadt. Regenwasser darf nicht länger ausschließlich als Problem betrachtet werden, sondern muss als Ressource genutzt werden.

Entsiegelung, Versickerung und Wasserrückhalt sind zentrale Elemente moderner Stadtentwicklung. Die Entsiegelung des Parkplatzes am Minigolfplatz ist dafür ein wichtiges, sichtbares Beispiel. Weitere geeignete Flächen für Entsiegelungsvorgänge können von unserem Umweltbeauftragten gefunden werden.

Im Rahmen eines integrierten Klimaanpassungskonzeptes müssen Maßnahmen zur Erhöhung des Wasserrückhalts bei Starkregenereignissen systematisch weiterentwickelt werden. Dazu gehören insbesondere Flächenentsiegelungen sowie die Förderung von Zisternen. Private Grundstücke spielen dabei eine wichtige Rolle. Durch Beratung, Anreize und Förderprogramme kann hier viel erreicht werden, ohne dass die Stadt allein sämtliche Kosten tragen muss. Weiterhin wird die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und bei ihren Bauvorhaben den Zisternenbau immer mitdenken.

Trinkwasser ist unser wichtigstes Gut. Die Sicherung der Trinkwasserversorgung muss daher oberste Priorität haben. Das bedeutet den Schutz der vorhandenen Ressourcen, eine vorausschauende Planung sowie eine leistungsfähige Infrastruktur, die auch in Trockenperioden zuverlässig funktioniert. Die in den kommenden Jahren notwendige schrittweise Sanierung der Brunnen muss daher finanziell abgesichert und transparent dargestellt werden.

Ein weiteres zentrales Thema im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung ist die zunehmende Hitze. Hitze ist längst ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko, insbesondere für ältere Menschen, Kinder und chronisch Kranke. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Ausarbeitung eines kommunalen Hitzeaktionsplans im Jahr 2026 voranzubringen. Dieser soll konkrete Maßnahmen enthalten: Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, Warnsysteme, kühlere Aufenthaltsorte sowie gezielte Unterstützung für besonders gefährdete Gruppen.

Darüber hinaus braucht es gezielte Beschattungsmaßnahmen im öffentlichen Raum – insbesondere auf Kinderspielplätzen, Schulhöfen und stark frequentierten Wegen. Schatten ist eine einfache, wirksame und nachhaltige Maßnahme zum Schutz der Gesundheit. Große, klimaresistente Bäume spielen dabei eine Schlüsselrolle. Sie wirken wie natürliche Klimaanlagen, spenden Schatten, kühlen ihre Umgebung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität. Deshalb wollen wir die Pflanzung und den langfristigen Erhalt großer, standortgerechter Bäume gezielt vorantreiben und unterstützen hierbei ausdrücklich die fachlichen Vorschläge unseres Umweltbeauftragten.

Auch Fassaden- und Dachbegrünungen tragen wesentlich zur Verbesserung des Mikroklimas bei und fördern die Artenvielfalt. Bei zukünftigen Bebauungsplänen soll daher weiterhin ein Mindestmaß an Begrünung eingefordert werden. Alternativ sollen Photovoltaikanlagen auf Dächern ermöglicht werden, um Klimaschutz und Klimaanpassung sinnvoll miteinander zu verbinden.

Vor diesem Hintergrund sind wir sehr überrascht, dass der Haushaltsentwurf 2026 im Vermögenshaushalt bislang keine Mittel für ein Sturzflutrisikomanagement, die Erstellung eines Hitzeaktionsplans bzw. grundsätzlich die Anpassung des Klimaschutzes konzipiert. Angesichts der bekannten Risiken halten wir dies für nicht ausreichend und sehen hier dringenden Nachbesserungsbedarf.

Auch der Ausbau und die Weiterentwicklung des Fahrradwegenetzes bleibt für uns ein zentrales Ziel. Dabei geht es nicht um möglichst viele Meter, sondern um sichere, alltagstaugliche und gut vernetzte Wege. Ergänzend dazu braucht es mehr Fahrradabstellmöglichkeiten an geeigneten Stellen, um den Umstieg auf das Fahrrad im Alltag zu erleichtern.

Uns ist bewusst, dass die finanziellen Spielräume begrenzt sind. Unsere Stadt steht vor großen Investitionen – dem Bau und der Sanierung von Kindergärten, einer neuen Grundschule, dem Erhalt des Schwimmbades, notwendigen Maßnahmen im Straßenbau und vielem mehr, was ich nun nicht alles wiederholen möchte. Diese Aufgaben binden erhebliche Mittel, heute und in den

kommenden Jahren. Gerade deshalb muss dieser Haushalt eine weitere Priorisierung vornehmen. Für uns unverzichtbar ist die Anpassung des Klimaschutzkonzeptes mit konkreten, umsetzbaren Maßnahmenvorschlägen. Klimaanpassung ist kein Gegenspieler solider Finanzen – sie ist ihre Voraussetzung. Jeder Euro, den wir heute in Vorsorge investieren, spart uns morgen hohe Kosten.

Wir bitten um die Bewilligung von 100.000 €, um durch den Umweltbeauftragten die Anpassung des bestehenden Klimaschutzkonzeptes vorzunehmen und entsprechend dringend anstehende Maßnahmen umzusetzen. Außerdem bitten wir um die Bewilligung von 50.000 € um die Entsiegelung des Parkplatzes am Minigolfplatz zu ermöglichen.

Der Haushalt 2026 zeigt aus unserer Sicht: Wir Grüne stehen für eine Stadt, die vorsorgt statt repariert, die soziale Verantwortung übernimmt, zukünftige Generationen nicht vergisst und der Klimakrise aktiv entgegentritt. Mit der Ergänzung unseres Vorschlages bitten wir Sie daher um Zustimmung zu diesem Haushalt – im Bewusstsein, dass wir heute Entscheidungen treffen, die unsere Stadt auch morgen noch lebenswert machen.

Vielen Dank.“

18.5 Stellungnahme der Fraktion der SPD

Für die Fraktion der SPD nimmt Fraktionsvorsitzender Hermann Menig Stellung:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung, der Presse und interessierte Zuhörer hier im Ratssaal.

Zunächst wieder meinen herzlichen Dank an die Stadtkämmerin, Frau Herrmann, die es trotz ihrer vielfältigen Aufgaben schaffte, noch kurz vor dem Jahreswechsel einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 vorzulegen.

Alles in Allem haben sich erstmals die Haushaltsberatungen weiter ins Neue Jahr verschoben. Dieser Tatsache ist auch geschuldet, dass meine Haushaltsrede am Schluss der bisher gehaltenen und mit sicherlich detailliert Inhalt vorgetragenen Reden der anderen Fraktionen, zeitlich und inhaltlich, sehr kurz gehalten wird.

Wie wohl zwischenzeitlich jeder weiß, treten Martin Harth und ich bei der in 2 Monaten stattfindenden Kommunalwahl nicht mehr zur Wiederwahl an und werden deshalb bei der Konsolidierung des neuen Stadtrates nach dem 1. Mai 2026 diesem nicht mehr angehören. Wir hoffen natürlich, dass die SPD auch den neuen Stadtrat mit einer Fraktion bereichern wird. Dazu hat aber der Wähler das Wort.

Wir werden in den Beratungen für den Haushalt 2026 auf haushaltsrelevante Anträge und Aufträge bewusst verzichten, was aber nicht bedeutet, dass wir Geplantes, Begonnenes und Fertigzustellendes nicht auch weiter kontrovers, konstruktiv und mit bestem Wissen und Gewissen begleiten, ganz im Sinne und Handeln der vergangenen und der aktuellen Legislaturperioden. Ich erinnere an Anträge, wie zum Thema energetisches und bauliches Bestandsmanagement der städt. Gebäude, Sanierung Franck-Haus, sozialer Wohnungsbau, Maßnahmen zur Wasserversorgung und Kanalbau, um nur einige zu nennen. Als kleinste Fraktion konnten immer wieder Mehrheiten gefunden werden, um diese Anträge umzusetzen.

Sicherlich waren auch Anträge dabei, die aus den verschiedensten Gründen abgelehnt wurden. Teilweise werden heute die Ablehnungen auch als Fehler erkannt, gerade weil sich die Situationen und auch allgemein die Zeiten geändert haben. Ich darf an Bebauungspläne von innerstädtischen Arealen, Ausweisung von Sanierungsgebieten, Agenda Kindergärten, Verkehrskonzept und Verkehrsberuhigung Innenstadt oder Ansätze der Mainufergestaltung erinnern.

Ich bin mir sicher, dass die Arbeit in der kommenden Legislaturperiode nicht weniger wird, wohlwissend, dass große und vor allem kostenintensive Projekte angestoßen, weitergeführt oder zum Abschluss kommen werden. Seien es die Erweiterungen/Umbau/Neubau von Grundschule, Mittelschule und dann neu der Kolpingkindergarten, das alte Pfarrhaus mit Areal, Beginn der Mainufergestaltung, Umsetzung der energetischen Ertüchtigung der städt. Immobilien, Fortführung der Ertüchtigungen des Franck-Hauses, Ertüchtigung und Erhalt des wiedereröffneten M2 und dessen Weiterführung, Neubau Wasserwerk und Erneuerung bzw. Erweiterung der Wasserversorgung, Ertüchtigungen/Erweiterungen von Kanalisation und Klärwerk, Ertüchtigung und Erneuerung im Straßennetz.

Dies soll keine vollständige Aufzählung aller anstehender Beschlüsse und Entscheidungen sein, sondern vielmehr eine beispielhafte Aufzählung dessen, was in den nächsten Jahren anstehen wird und unweigerlich Geld kostet. Diese monetären Verpflichtungen können natürlich nicht aus der Portokasse bezahlt werden, sondern die Rücklagen werden abschmelzen. Einnahmen und Sparpotential müssen erhöht und eine Prioritätenliste erarbeitet werden, um zeitliche Abläufe der einzelnen Maßnahmen zu konkretisieren. Es ist wenig hilfreich, wenn immer mehr neue Projekte ins Leben gerufen werden, ohne andere nicht mindestens in Leistungsstufen im Blick zu haben. Auch dürfen angefangene Initiativen und Vorhaben in den Stadtteilen nicht vernachlässigt werden.

Zum Schluss darf ich noch ein paar Worte zum aktuellen Stellenplan und der Personalsituation der Stadt Marktheidenfeld verlieren. Man sollte nicht vergessen, dass der Arbeitsaufwand und die Aufgaben der Stadtverwaltung immer komplexer und vielfältiger werden. Ergo steigt auch der Personalbedarf und zwischenzeitlich kann man mit Fug und Recht behaupten, dass die Stadt Marktheidenfeld einer der größten Arbeitgeber im mittelständigen Bereich ist. Denn aktuell sind nahezu 300 Personen beschäftigt.

Die Betreuung und Verwaltung des Personals obliegen bis heute dem Bürgermeister, dem Geschäftsstellenleiter und den Abteilungsleitern, neben allen anderen regulären Tätigkeiten. Dies kann aber allein schon wegen der großen Menge von Beschäftigten nicht mehr effizient geleistet werden. Deshalb wurde im Stadtrat beschlossen, einen Personalreferenten*in zuständig für alle Personalangelegenheiten, einzustellen. Allerdings geriet dies schnell wieder in Vergessenheit bzw. wurde schleppend behandelt. Die Diskussion darüber ist jetzt wieder entfacht worden und wir hoffen darauf, dass unsere Initiative, eine solche Stelle zu schaffen, nun zum Erfolg führen wird. Wir unterstützen diesen Beschluss weiterhin, vollumfänglich und ausdrücklich.

Abschließend möchte ich namens meiner Fraktion allen danken, die in unserer Stadt ehrenamtlich für das Gemeinwohl tätig sind, insbesondere unseren Hilfs- und Rettungsdiensten sowie der Polizei, aber auch den Menschen, die sich im sozialen, kulturellen und kirchlichen Bereich einbringen sowie in unseren Vereinen mitarbeiten. Dank auch den Mitwirkenden in den Beiräten und Arbeitskreisen. Einschließen in diesen Dank möchte ich auch all jene, die unsere Arbeit mit konstruktiver Kritik anregend begleiten. Auch einen besonderen Dank an die Presse.

Zu „Guter Letzt“ meinen herzlichen Dank auch Ihnen Herr Bürgermeister und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats für die gute Zusammenarbeit.
Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

18.6 Dank des Bürgermeisters an die Fraktionen

Der Vorsitzende dankt den Fraktionen für die Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2026. Er schließt sich dem Dank an die Blaulichtorganisationen, Ehrenamtlichen sowie die Verwaltung ausdrücklich an und lobt die hervorragende Zusammenarbeit.

Herr Stamm kündigt die Beratung der einzelnen Anregungen und Anträge der Fraktionen in der Sitzung vom 29.01.2026 an.

19 Informationen

Geschäftsleitender Beamter Hanakam informiert zum Sachstand bezüglich Kommunalwahl 2026. Es liege lediglich ein Vorschlag für die Wahl zum Ersten Bürgermeister vor, Herr Stamm trete nochmals an. Zur Stadtratswahl seien sechs Vorschlagslisten eingereicht worden, von den fünf bereits im Gremium vertretenen Fraktionen sowie neu von den Linken. Herr Hanakam erläutert das weitere Verfahren und verweist insbesondere auf die Schulungen für die Wahlhelfer. Hierzu würden zeitnah Bekanntmachungen veröffentlicht. Der Geschäftsleitende Beamte weist darauf hin, dass der Montag nach der Wahl, somit der 09.03.2026, zum Auszählen der noch ausstehenden Stimmen benötigt werden wird und die Rathausmitarbeiter an diesem Tag für reguläre Verwaltungsarbeiten nicht zur Verfügung stehen werden.

Erster Bürgermeister Stamm berichtet für die Abteilung 5 Stadtmarketing: Die in die Jahre gekommenen und teilweise vergilbten Willkommens-Schilder an den Ortseingängen würden in den nächsten Wochen sukzessive ausgetauscht.

Die Arbeitsgruppe Innenstadt habe aus den vorliegenden Bewerbungen drei Unternehmen ausgewählt, um diesen eine Gründungsunterstützung in Form eines jeweils sechsmonatigen Mietzuschusses zu gewähren.

- Neugründung: Podologie Mirjam Müller, Luitpoldstr. 13
- Geschäftsübernahme „Mein Lieblingsstück“ durch Désirée Fehlinger, Marktplatz 4
- Übernahme des Friseurgeschäfts „Monjas Friseursalon“ durch Anna-Lena Leimeister, Luitpoldstr. 39

Der Vorsitzende informiert weiter, die Poller in der Mitteltorstraße und am Marktplatz gingen in Betrieb, sobald die Programmierung abgeschlossen sei. Das Ordnungsamt sei bereits damit befasst, die Transponder der Anwohner auszutauschen.

Erster Bürgermeister Stamm lädt ein zum Neujahrsempfang mit Ehrungen von Sportlern, Musikschülern und weiteren Personen am 24.01.2026 um 14:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses.

19.1 Änderungen im Kriterienkatalog zur Vergabe der Stromkonzession auf dem Gebiet der Stadt Marktheidenfeld

Aufgrund von Rügen wurde der Kriterienkatalog in den Kriterien Nr. 4, 7, 9 und 20 kurzfristig im Nachgang des Stadtratsbeschlusses vom 27.11.2025 angepasst. Damit alle weiteren Fristen gewahrt werden, wurden die Veränderungen am Kriterienkatalog durch eilige Dienstgeschäfte genehmigt.

Durch einen Bieter wurde im Kriterium Nr. 7 gerügt, dass die Gemeinde im Rahmen der Versorgungssicherheit die SAIDI-Werte (Werte aus den vergangenen Jahren) bewertet. Die Bewertung der SAIDI-Werte sei diskriminierend gegenüber Unternehmen, die bislang über keinen eigenen Netzbetrieb verfügen. Hierzu wurde das Kriterium Nr. 7 ergänzt.

Auch wurde durch einen Bieter gerügt, dass die Kriterien zum Teil die Transparenzanforderungen bzw. die Anforderungen an die Diskriminierungsfreiheit nicht erfüllen. Bei den Kriterien Nr. 2, 3, 5, 13, 15, 16, 17 und 21 wurde diese Rüge zurückgewiesen. Bei den Kriterien Nr. 4, 7, 9 und 20 wurden Anpassungen durchgeführt.

Zusammenfassend ist hier festzustellen, dass die bewusste funktionale Gestaltung der Kriterien der Innovationsförderung dient und es allen Bietern ermöglicht, einschließlich Newcomern, ihre Konzepte optimal darzulegen. Die Kommune wird bei der Bewertung der Angebote die Grundsätze der Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit strikt einhalten.

Durch einen weiteren Bieter wurde im Kriterium Nr. 9 gerügt, dass die RLM-Stromabnahmefälle (Anzahl der Stromanschlüsse) nicht der tatsächlichen Kundenstruktur entsprechen. Hier wurde im Kriterium Nr. 9 aus der Gesamtzahl der RLM-Abnahmewerte der Durchschnitt gemacht.

Laut Linda Egler vom betreuenden Rechtsanwaltsbüro Dornbach GmbH seien solche Rügen im Laufe eines Verfahrens nichts Ungewöhnliches.

Erster Bürgermeister Thomas Stamm schließt um 20:55 Uhr die öffentliche 01. Sitzung des Stadtrates.

Thomas Stamm
Erster Bürgermeister

Sabine Laumeister
Schriftführer/in

Anlage 2 zum Protokoll

Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage aus Anlass von Märkten in der Stadt Marktheidenfeld

Aufgrund von Art. 6 Abs. 1 des Bayerisches Ladenschlussgesetz (BayLadSchlG) in der Fassung vom 25. Juli 2025 (GVBl. S. 246, BayRS 8050-20-A) erlässt die Stadt Marktheidenfeld folgende Änderungsverordnung

§ 1 Öffnungszeiten

In § 1 Satz 1 wird die Angabe „13:00 Uhr bis 18:00 Uhr“ durch die Angabe „12:00 Uhr bis 17:00 Uhr“ ersetzt.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Marktheidenfeld, XX.XX.2026

Thomas Stamm
Erster Bürgermeister